

STADTARCHIV MANNHEIM
Archivalion-Zugang *24* / 19*22* Nr. *1011*

Nr.

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
Dr. Heinz G. C. Otto
Rechtsanwälte

806/48

Geschwister von H ö r d e

Heidelberg, Friedrich-Ebert-
Allee 27

~~Rechtsanwaltschaft betr.~~

betr.: Handelsgenehmigung

angefangen: 19
beendet: 19

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50/1979 Nr. 495

LEITZ

•Rapid ES•
Din-Quart

1011

Lincoln

4.13.49

London

174 200.-

Gedächtnis von Fride
- 806 -

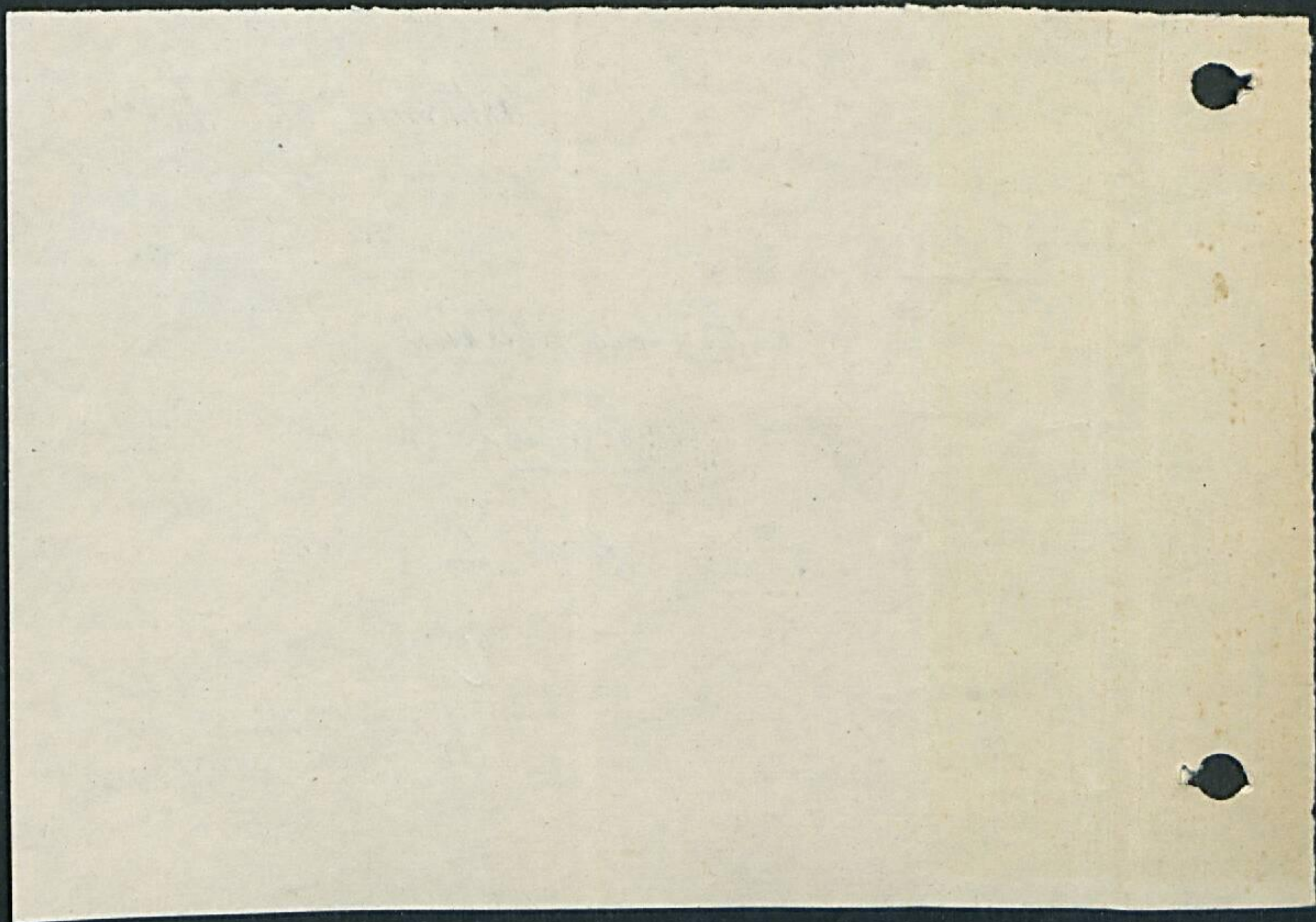
114 Geo. -

Kontra bezahlt.

Abgabe:

Salz, den 4.3.49.

Uy.





1. März 1949

200.

1946

Rpf

Eingezahlt am

3.3.49

Absender Name, Wohnort,
Straße, Hausnummer, Gebäudeteil,
Stockwerk; bei Untermietern auch
Name des Vermieters

Friedr.-Ebert-Anlage 23
Heidelberg
Untermieter von Hörde

betrifft (Rechnung, Kassenzzeichen,
Buchungsnummer usw.):

4.3.49.16.2.49



16. Febr. 1949

Wv. in 10 Tagen

Dr. H./S.
- 806 -

Geschwister v. H ö r d e

H e i d e l b e r g
Friedrich-Ebert-Allee 27

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 14. ds. Mts. Auf jeden Fall ist durch die Wiedereinführung der Gewerbebefreiheit die Angelegenheit jetzt erledigt.

Für unsere Bemühungen, die zum größten Teil in die D-Mark-Zeit gefallen sind, erlauben wir uns, ein Honorar von DM 200.-- in Vorschlag zu bringen.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

GESCHWISTER

von Hörde

209 / 1
Khr
Vh

- 806 -

WASCHE, BRAUTAUSSTATTUNG, BETTEN, MATRATZEN, KINDERBEKLEIDUNG, MASSANFERTIGUNG IN EIG. WERKSTATTE

Herrn
Dr. Hermann Heimerich
Rechtsanwalt

H e i d e l b e r g
Neuenheimerlandstr. 4

HEIDELBERG, 14.2.49
FRIEDRICH-EBERT-ALLEE 27
FERNRUF 36 55

15. Feb. 1949

Der Präsident des Landesbezirkes Baden, Abt. Wirtschaft und Verkehr, Karlsruhe, teilt uns am 3.2.49 mit:

"Antrag der Firma Geschw. von Hörde auf Erweiterung der Verkaufsstelle in Heidelberg, Friedrich-Ebert Allee 27.

Durch die Einführung der Gewerbefreiheit ist die gegen die Verfügung des Gewerbeamts der Stadt Heidelberg vom 12.5.48 erhobene Beschwerde wegen der Versagung der Genehmigung zur Erweiterung Ihrer Verkaufsstelle überholt.

Die Erteilung eines Genehmigungsbescheides ist demnach hinfällig geworden.

Gemäss § 14 der Gew. Ordnung ist der Gewerbetrieb bei dem Bürgermeisteramt des Orts anzuzeigen, in dem das Gewerbe ausgeübt wird. Als Nachweis für die Eröffnung des gewerblichen Unternehmens dient die gemäss § 15, Absatz 1 der Gewerbeordnung vom Bürgermeisteramt auszustellende Empfangsbescheinigung. Der Stadtverwaltung - Gewerbeamt Heidelberg habe ich hiervon unter Übersendung der einschlägigen Antragsunterlagen Mitteilung gemacht."

Wir glauben, dass sich damit unsere Angelegenheit erledigt hat.

Hochachtungsvoll!

Geschw. v. Hörde

f. Hiening



Handwritten signature or title at the top of the page.

18. Feb 1918

Faint, mostly illegible handwritten text forming the main body of the document.

Handwritten signature or initials at the bottom of the page.

806 -

Geschw. v. Hörde, Heidelberg

Spezial-Wäsche- und Ausstattungs-Geschäft

Bankkonto :

Südwestbank Heidelberg
Ns. 6390

Postscheckkonto : Nr. 52825
Karlsruhe

Heidelberg, den 2.11. 1948
Friedr. Ebert-Allee 27

He 1/2
3. Nov. 1948

Herrn

Dr. Hermann Heimerich

Rechtsanwalt

H e i d e l b e r g

Neuenheimer-Landstr. 4

Wir bestätigen dankend Ihr Schreiben vom
28.10.1948.

Lt. Inventur vom 20.6.1948 haben wir noch
ein Lager in kunstgewerblichen und Spiel-
zeugartikeln von 34.491,42 RM. Wir glauben,
dass wir diese Artikel im Zuge des Weihnachts-
geschäftes ausverkaufen können, denn die
D-Mark-Werte des Lagers sind ja viel geringer.
Wir hoffen, dass Ihnen mit diesen Angaben
gedient ist und begrüßen Sie bestens

hochachtungsvoll!

Geschw. v. Hörde

v. Hörde.

Gesamtwahlkörbe, Heidelberg

Spezial-Wahl- und Abstammungs-Gesellschaft

Bankkonto: 8890
Postfachkonto: Nr. 8892
Karlshaus
Heidelberg, den 10. 10. 1911

Sehr geehrte Herren!

Ich habe die Ehre, Ihnen hiermit zu bestätigen, dass die von Ihnen am 1. d. M. eingereichte

Wahlkarte für die Wahl zum Reichstags-Deputierten für den Wahlkreis 11, 1. Wahlbezirk, Heidelberg, am 1. d. M. bei mir eingegangen ist.

Die Wahlkarte ist in der Wahlkommission eingereicht worden und wird am 1. d. M. zur Wahl zugelassen.

Die Wahlkarte ist in der Wahlkommission eingereicht worden und wird am 1. d. M. zur Wahl zugelassen.

Die Wahlkarte ist in der Wahlkommission eingereicht worden und wird am 1. d. M. zur Wahl zugelassen.

Die Wahlkarte ist in der Wahlkommission eingereicht worden und wird am 1. d. M. zur Wahl zugelassen.

Die Wahlkarte ist in der Wahlkommission eingereicht worden und wird am 1. d. M. zur Wahl zugelassen.

10481
28.Okt. 1948
ab 28/18

Dr.H./Kr.

Geschwister v. H ö r d e
H e i d e l b e r g
Friedrich-Ebert-Allee 27

Betr.: Lizenzierung.

Gelegentlich einer Fahrt nach Karlsruhe haben wir uns bei der Abteilung Wirtschaft des Landesbezirkspräsidenten nach dem Stand Ihrer Lizenzierungsangelegenheit bzw. nach dem Erfolg unserer Beschwerde erkundigt. Ihre Sache ist dort lange liegen geblieben, weil ja mit einer Aufhebung der Lizenzierungsbestimmungen durch den Wirtschaftsrat zu rechnen war. Wie Sie wohl in der Zeitung gelesen haben, hat aber die Militärregierung das neue Gewerbezulassungsgesetz des Wirtschaftsrats, das die volle Gewerbefreiheit bringen sollte, nicht genehmigt. Der Wirtschaftsrat hat dagegen remonstriert, aber die ganze gesetzliche Neuregelung bleibt mittlerweile in der Schwebe. Die Abteilung Wirtschaft in Karlsruhe hat die Bearbeitung der zurückgestellten Sachen wieder aufgenommen und so ist auch über Ihre Beschwerde vor einiger Zeit in dem Beschwerdeausschuss entschieden worden, und zwar in einem ablehnenden Sinn. Der Sachbearbeiter, Regierungsamtmann S c h n e p f hat die Entscheidung aber noch nicht ausgefertigt.

Ich habe gestern mit Herrn Schnepf die Angelegenheit besprochen und habe darauf hingewiesen, dass es sich bei Ihnen doch nur um einen Ausverkauf der noch vorhandenen Behelfs- und Ersatzartikel handeln könne, der sicherlich in einem Jahre durchzuführen wäre. Solange sollte man Ihnen noch Frist geben. Herr Amtmann Schnepf wollte wissen, was Sie an Behelfs- und Ersatzartikeln noch abzustossen haben.

SS-Of. 1948

1870. H. 10

Heide
Geschwister v. H. d. d.

Bett. : Inconspicuous.

Sie an Heiligs- und Erbschaftsartikel noch absetzen haben,
so wird geben. Herr Antwan Schreyer wollte wissen, was
in einem Jahre durchzuführen wäre. Solange sollte man ihnen
Heiligs- und Erbschaftsartikel nachschicken, der sicherlich
Innen doch nur um einen Anverkauf der noch vorhandenen
besprochen und habe darauf zu erwarten, dass es sich bei
Ich habe gestern mit Herrn Schreyer die Angelegenheit

Sobald er diese Auskunft erhalten hat, will er die Sache noch einmal in den Ausschuss bringen.

Im ganzen gesehen ist die Sache nicht mehr bedeutungsvoll, denn die Behörden haben sich neuerdings zu der Auffassung durchgerungen, dass die Prüfung der Bedürfnisfrage ausscheiden soll. Wenn auch der Verwaltungsgerichtshof diese Auffassung bestätigt, wozu er offenbar Neigung hat, dann können Sie in Ihrem Geschäft alles verkaufen, was Sie wollen .

Wir bitten um Ihre gefl. Rückäußerung.

Mit hochachtungsvoller Begrüßung!

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

Somit er diese Auskunft erhalten hat, will er die Sache noch
einmal in den Ausschuss bringen.

Im ersten Geschehen ist die Sache nicht mehr bedeutungsvoll.
Wenn die Behörden haben sich hinsichtlich der Befreiung durch-
gesetzt, dass die Führung der Befreiungsträger ausbleiben soll.
Wenn auch der Verwaltungsvertrag dieser Befreiung bestätigt
wird, er selber ist, dann können Sie in Ihrem Geschäft
alles veranlassen, was Sie wollen.

Mit besten Grüßen an Ihre Frau. Hochachtungsvoll.

Mit hochachtungsvoller Verabschiedung

(Dr. Schmidt)
Hochachtungsvoll.

- 806 -

Geschw. v. Hörde, Heidelberg

Spezial-Wäsche- und Ausstattungs-Geschäft

Bankkonto :
Südwestbank Heidelb.
Nr. 6390

Heidelberg, den 12.7. 1948
Friedr. Ebert-Allee 27

13. Juli 1948

An die
Herren Rechtsanwälte
Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich
und Dr. Heinz G. C. Otto

H e i d e l b e r g
Neuenheimerlandstr. 4

Für Ihre beiden Schreiben vom 2.7.48 und
10.7.48 besten Dank. Wir nahmen Ihre Aus-
führungen mit Interesse zur Kenntnis.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Geschw. v. Hörde

HvHörde

11.8.48

*Reg. -
L. Knapp*

Thiele

*was hat die
Firma noch*

*von den 1. u. 2. H.
sagt, Bedingungen
für die Schadenersatz,
den kann man
alles verkaufen.*

*abschließen?
Dann noch einmal
zu unterschreiben.*

10. Juli

1948

Dr. O./Sch.

- 806 -

Firma

Geschwister von H ö r d e

H-e-i-d-e-l-b-e-r-g

Friedrich Ebert-Allee 27

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 2.7.48 in Ihrer Gewerbe genehmigungsangelegenheit möchten wir Sie auf das gestern im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes verabschiedete neue Gewerbezu-lassungsgesetz aufmerksam machen, das zwar nach der Zustimmung des Länderrats und der Militärregierung bedarf, aber zweifellos in der verabschiedeten Form in Kraft treten dürfte.

Danach ist das Lizenzierungsgesetz ganz aufge-hoben sowie eine Reihe weiterer Gesetze, wie z.B. das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels und Anordnungen, die auf Grund des Gesetzes über die Errichtung von Zwangskartellen, der Verordnung für den Warenverkehr usw. erlassen wurden. Grundlage des Gewerbezu-lassungsrechts ist nunmehr wieder die Gewerbeordnung. Sonderbestimmungen sind lediglich für einige Sparten vorge-sehen, wie das Auswanderungswesen, das Gaststätten-gewerbe, das Beförderungswesen, Versorgungsunternehmen, Banken, Versicherungsunternehmen und das Versteigerer-gewerbe. Ferner sind weiter anzuwenden

1. das Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen vom 1. Dezember 1935,
2. das Milchgesetz von 1930,
3. das Substanzgesetz von 1930,
4. das Gesetz über den Verkehr mit Edelmetallen, Edelsteinen und Perlen von 1923,

5. die geltenden Vorschriften über die Herstellung von Giften und Rauschgiften, Arzneimitteln, Pflanzenschutzmitteln, Düngemitteln, Futtermitteln, Waffen, Sprengstoffen und Munition sowie Waren, für die Monopole staatlich begründet sind.

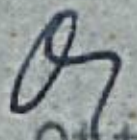
Nach dem neuen Gewerbezulassungsgesetz ist die Errichtung, Verlegung, Erweiterung und Übernahme von gewerblichen Unternehmen der Industrie, des Handwerks, des Handels und des Vermittlergewerbes, auch soweit es nicht zum Handel gehört, jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz, durch die Gewerbeordnung und durch die auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Vorschriften Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind. Die grundlegende Wandlung liegt darin, dass die Bedürfnisfrage von den Zulassungsbehörden nicht mehr geprüft werden darf und dass grundsätzlich jedem Antrag stattzugeben ist, wenn nicht bestimmte genau umrissene Hinderungsgründe, wie Mangel der erforderlichen Sachkunde und der persönlichen Zuverlässigkeit vorliegen. Auch die nachträgliche Rücknahme einer Erlaubnis und die Schließung eines bereits zugelassenen Gewerbebetriebes ist möglich, wenn sich die Unzuverlässigkeit der verantwortlichen Personen herausstellt.

Auch die Zuständigkeiten sollen neu geregelt werden. Die auf Grund des Lizenzierungsgesetzes errichteten Gewerbeausschüsse kommen zum Wegfall.

Sobald das Gesetz in Kraft getreten ist, dürfte für Ihre Firma kein Hinderungsgrund mehr bestehen, in Ihrem Geschäft außer Wäscheausstattungen, Betten, Kinderwäsche und Bekleidung auch andere Gegenstände zu vertreiben. Wir werden Sie in dieser Angelegenheit weiter auf dem laufenden halten. Nach unseren letzten Informationen hat sich der Gewerbeausschuss der Stadt Heidelberg in Ihrer Angelegenheit für unzuständig erklärt, Ihre Beschwerde abgelehnt, aber von sich aus an das Landeswirtschaftsamt in Karlsruhe weitergegeben zur zuständigen Bearbeitung. Wir nehmen an, dass sich

diese Sache durch die neueste Rechtsentwicklung von
selbst erledigen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung!


(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

1. The first part of the report is a summary of the work done during the year.

2. The second part is a detailed account of the work done during the year.

3. The third part is a list of the names of the persons who have been employed during the year.

Heidelberg, den 9. Juli 1948
Dr. O./Sch.
- 806 -

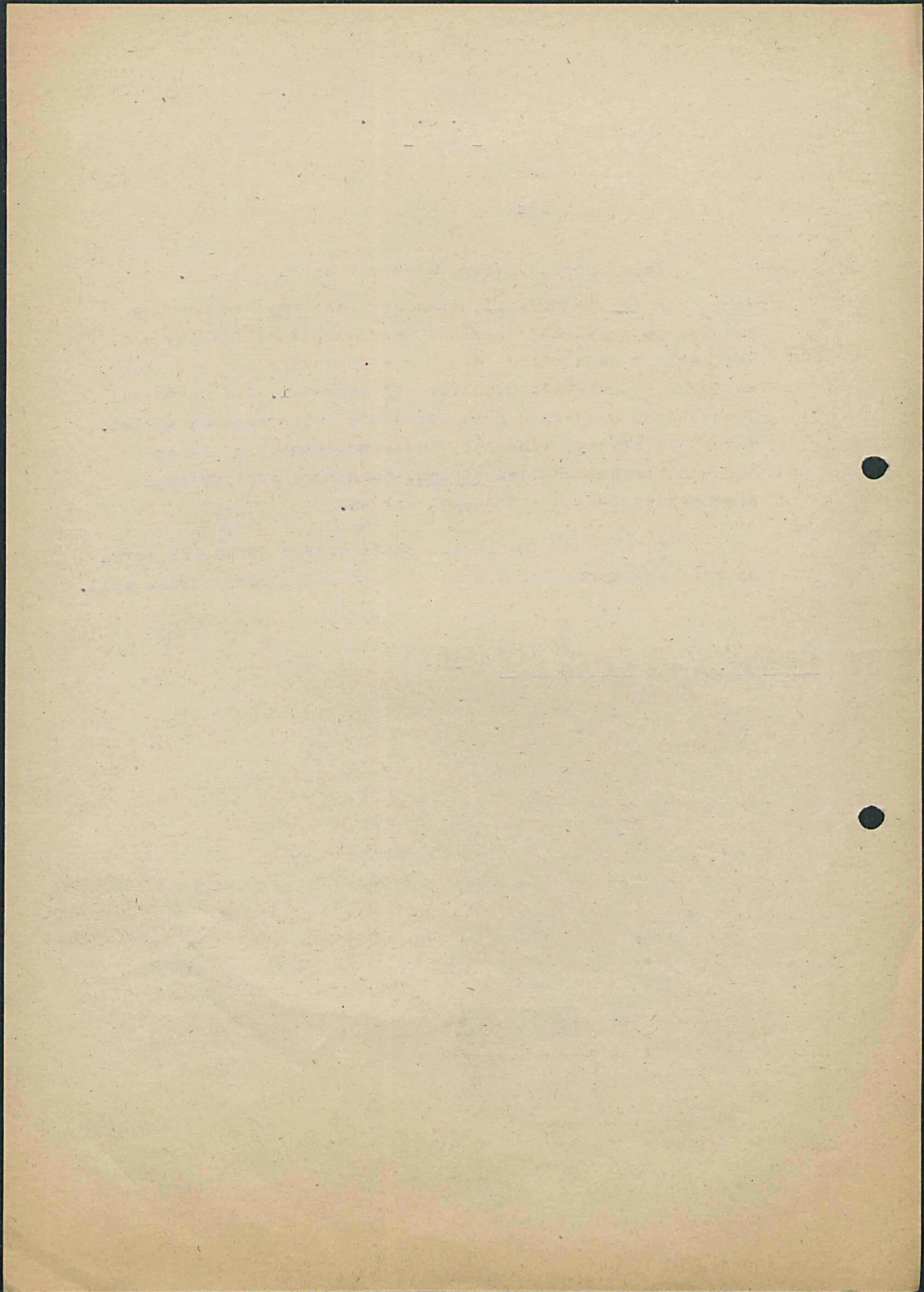
N o t i z

Telefonische Rücksprache mit Herrn G ö t z.

Herr Götz teilte mir mit, dass der Gewerbeausschuss die Beschwerde abgelehnt habe und zwar hauptsächlich deshalb, weil er zur Genehmigung einer Übergangsregelung auf Grund seiner Zuständigkeit nicht in der Lage sei. Die Sache sei deshalb von amtswegen nach Karlsruhe weitergegeben worden. Herr Götz meinte, wenn der Gewerbeausschuss in dieser Sache hätte entscheiden können, dann wäre wohl unserem Beschwerdeantrag stattgegeben worden.

Es wäre zu überlegen, ob in dieser Sache bei Herrn Oberregierungsrat Dr. E m m e l e nachgestoßen werden soll.

Herrn Dr. H e i m e r i c h



2.7.48 .

Dr.O./M.
- 806 -

Firma

Geschwister von H ö r d e

H e i d e l b e r g

Friedrich Ebert-Allee 27.

ab 27

Betr.: Beschwerde beim Gewerbeamt .

Wir haben in Ihrer Gewerbegenehmigungsangelegenheit in der Zwischenzeit Verhandlungen mit dem Gewerbeamt geführt und erneut darauf hingewiesen , dass Sie keinen entscheidenden Wert auf eine Geschäftserweiterung legen, sondern nur den Verkauf Ihrer Lagerbestände und der schwebenden Verträge abwickeln wollen und hierzu eine gewisse Übergangsfrist benötigen . Es wurde uns zugesagt , diesen Gesichtspunkt einer erneuten wohlwollenden Prüfung zu unterziehen .

Bei dieser Gelegenheit möchten wir Sie aber auf die Regelung des § 20 Abs.1 des dritten Währungsgesetzes (Umstellungsgesetz) hinweisen, wonach Sie sich von laufenden Kauf- und Werkverträgen, die vor dem 21.Juni 1948 auf der Lieferantenseite noch nicht abgewickelt waren, bis zum 10.Juli 1948 durch die Erklärung des Rücktritts befreien können . Wir möchten Sie auf diese Möglichkeit ausdrücklich hinweisen und Ihnen empfehlen, hiervon Gebrauch zu machen. Im Gegensatz zu der Regelung des BGB. brauchen Sie nach dem Rücktritt nicht den vollen Lieferpreis zu zahlen, sondern nur dem Lieferanten seine Aufwendungen zu ersetzen . Der Lieferer muss sich aber bei der Abrechnung auf seine Aufwendungen den gemeinen Wert der bereits durch die Aufwendungen geschaffenen Liefergegenstände anrechnen lassen .

Soweit die Aufwendungen vor dem 21. Juni 1948 gemacht worden sind, unterliegt die Forderung auf Aufwundersatz der Umstellung von 10 RM auf 1 DM. Falls Sie auf die Lieferungen bereits Anzahlungen gemacht haben, so können Sie Rückerstattung dieser Beträge, soweit sie nicht durch den obenbezeichneten Aufwundersatz aufgezehrt sind, verlangen, jedoch umgestellt von 10 RM auf 1 DM.

Wir hoffen, dass sich die Gewerbebegenehmigungsangelegenheit bzw. die Frage der Übergangsregelung u.U. durch die kommende Gesetzgebung von selbst klären wird. Es sind nämlich weitgehende Erleichterungen auf diesem Gebiet in Aussicht genommen und man beabsichtigt das Lizenzierungsgesetz überhaupt aufzuheben und zu der alten Regelung der Gewerbeordnung zurückzukehren, die von dem Grundsatz der Gewerbebefreiheit ausgeht, von dem nur in bestimmten Einzelfällen Ausnahmen gemacht sind.

Wir werden Sie über den weiteren Gang der Angelegenheit auf dem laufenden halten und bitten Sie bei etwaigen Zweifeln, die Ihnen hinsichtlich des Rücktrittsrechts entstehen könnten, bei uns rückzufragen.

Mit vorzüglicher Hochachtung !

(Dr. Otto)
Rechtsanwalt

Heidelberg , den 30. Juni 1948 .

Dr. O./M.

- 806 -

A k t e n n o t i z

Betr.: Geschwister von H ö r d e .

Ich habe heute mit Herrn G ö t z vom Gewerbeamt telefoniert, der mir erklärte, er wisse nur, dass in der letzten Ausschußsitzung die Erweiterung der Gewerbe-genehmigung abgelehnt worden sei. Das Gewerbeamt würde solche Anträge regelmässig abweisen. Ich habe sodann Herrn Götzt darauf hingewiesen, dass es sich hier ja nicht um eine endgültige Genehmigung handle, sondern nur um eine Übergangsregelung. Daran konnte er sich nicht entsinnen. Ich verwies ihn auf unser Schreiben vom 28. Mai 1948 und bat ihn, sich für eine solche Übergangsregelung einzusetzen. Dies leuchtete ihm ein. Ich schlug ihm vor, wenn dem Gewerbeamt die Zeit von zwei Jahren zu lang vorkommt, eben zunächst einmal einen kürzeren Zeitpunkt anzusetzen, nach dessen Ablauf man ja weitersehen könne.

Wahrscheinlich wird auch deshalb ein kürzerer Zeitraum zur Abwicklung ausreichen, da die schwebenden Lieferverträge nach dem Umstellungsgesetz gekündigt werden können.

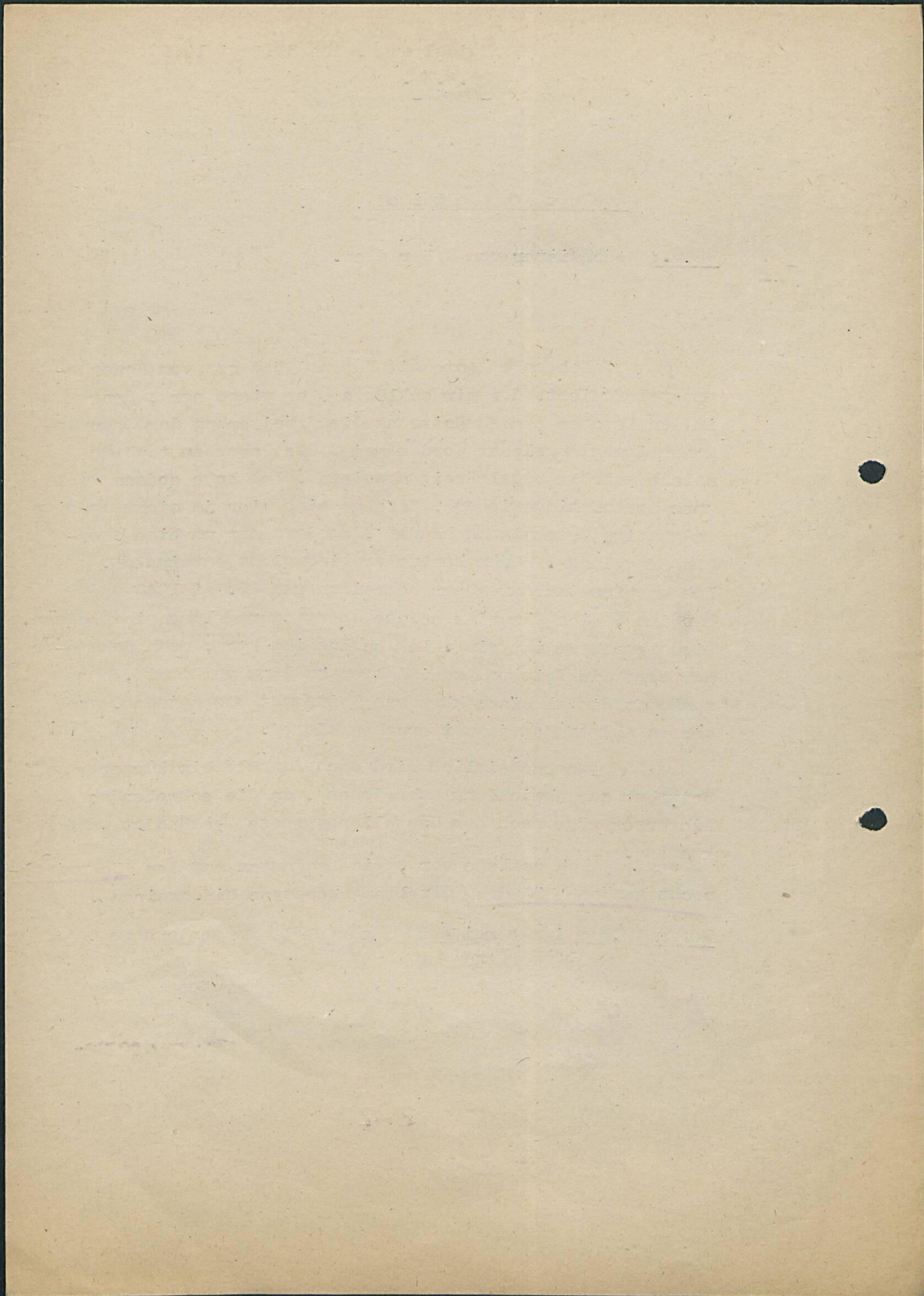
Ich schlage vor, die Mandanten auf das Rücktrittsrecht gemäss § 20 des Umstellungsgesetzes hinzuweisen.

Herrn Dr. H e i m e r i c h zur gefl. Kenntnisnahme.

*H. J. Jovan & Otho zur gef. Kenntnisnahme
Mannheim*

2.7.

Uy



- 106

Geschw. v. Hörde, Heidelberg

Spezial-Wäsche- und Ausstattungs-Geschäft

Bankkonto :
Südwestbank Heidelb.
Nr. 6390

Heidelberg, den 1.6. 1948
Friedr. Ebert-Allee 27

Herrn
Rechtsanwalt Dr. Heimerich

H_e_i_d_e_l_b_e_r_g
Neuenheimerlandstr. 4

2. Juni 1948

Wir danken für die Abschrift der Beschwerde
an das Gewerbeamt.

Wie wir heute erfahren, ist ein Heidelberger
Herr Referent für gewerberechtliche Angelegen-
heiten im Wirtschaftsministerium Stuttgart.

Nachstehend geben wir Ihnen die Adresse:
Herr Dr. Günter Hagenlocher, Heidelberg,
Bergstr. 111.

Wir geben Ihnen dieses zur Kenntnis, weil Sie
diese Angaben vielleicht verwerten können.

Hochachtungsvoll!

Geschw. v. Hörde

H. v. Hörde

4/6 ✓
Heidelberg, 2. Juni 1948
Dr.H./Kr.

Betr.: Geschwister v. Hörde, Hdlbg. -806-

Konferenz mit Frau v. Hörde am 28/5.48.

In ihrer Gegenwart wurde der beiliegende Antrag an die Stadtverwaltung diktiert.

Wv. in 10 Tagen zur Erkundigung beim Gewerbeamt

28.5.48.

ab 29/5'

Dr.H./S.

An die
Stadtverwaltung Heidelberg
- Gewerbeamt -

Heidelberg

Wir vertreten die offene Handelsgesellschaft Geschwister von H ö r d e in Heidelberg, Friedrich Ebert-Allee 27. Namens dieser Gesellschaft legen wir gegen die Entscheidung der Stadtverwaltung Heidelberg (Gewerbeamt) vom 12.5.48, der Firma zugestellt am 20.5.48, das Rechtsmittel der

B e s c h w e r d e

ein.

Zur Begründung dieser Beschwerde wird folgendes ausgeführt: Die Geschwister von Hörde haben im Mai 1945, nachdem sie in Mannheim ausgebombt waren, die Firma Heinrich A m m a n n - Wäscheausstattungen, Betten, Kinderwäsche und -bekleidung - in Heidelberg mit Genehmigung der Polizeidirektion in Heidelberg nach § 5 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels übernommen. Dem Geschäft ist im Sommer 1945 noch eine Wäschenähstube angegliedert worden, die ebenfalls genehmigt ist. Da sich die Möglichkeiten der Warenbeschaffung im Textilsektor immer mehr verminderten und Fabrikanten, die die Firma Geschwister

von Hörde bisher beliefert hatten, dazu übergangen, anstelle von Textilien Behelfs- und Ausweichartikel, insbesondere auch Spielzeuge, z.B. Puppen, Tiere u.dgl., herzustellen, sahen sich die Geschwister von Hörde genötigt, zur Aufrechterhaltung ihres Geschäftsbetriebes und zur Weiterführung der Verbindungen mit ihren bisherigen Lieferanten auch den Verkauf derartiger Behelfs- und Ausweichartikel zu übernehmen. Auch aus finanziellen Gründen war dies erforderlich, da die Geschwister von Hörde aus dem Textilwarenabsatz ihre Unkosten nicht hätten bestreiten können und auch nicht in der Lage gewesen wären, ihr Personal zu halten. Die Geschwister von Hörde waren sich von Anfang an darüber im klaren, daß sie sich nicht auf die Dauer von ihrer eigentlichen Branche entfernen wollten. Es handelte sich einfach um eine vorübergehende Existenzsicherung bis zur Aenderung der Marktlage.

Die Einkaufstasche, mit der von den Geschwistern von Hörde gehandelt wird, wurde früher von der Firma Geschwister von Hörde selbst hergestellt, wird jetzt aber im Auftrag der Firma von der Kleiderfabrik J ä g e r in Gernsheim angefertigt. Diese Einkaufstasche gehört in den Textilsektor. Sie wird aus Stoff hergestellt mit einer Ueberdecke von Regenhaut. Der Typ der Tasche hat sich aus den früheren Badetaschen entwickelt. Die Firma Geschwister von Hörde hat für diese Taschen keine Annahmestelle errichtet, sondern handelt selbständig mit diesen Taschen. Sie nimmt insbesondere den Kaufpreis in eigenem Namen entgegen. Es handelt sich also hinsichtlich des Verkaufs dieser

Taschen nicht um eine Erweiterung der Verkaufsstelle, da die Tasche zu den Waren gehört, für welche die Firma Geschwister von Hörde die Handelsberechtigung hat.

Wie sehr die Firma Geschwister von Hörde auf den zeitweiligen Umsatz von Behelfs- und Ausweichartikeln angewiesen ist, geht daraus hervor, daß mehr als die Hälfte ihres Gesamtumsatzes im Jahre 1947 sich in diesen Behelfs- und Ausweichartikeln abspielte. Ohne diesen Umsatz hätte die Firma Geschwister von Hörde ihren Geschäftsbetrieb wesentlich einschränken oder ihn etwa ganz aufgeben müssen. Diese Artikel dienten dazu, die Brücke bis zum Eintritt normaler Geschäftsverhältnisse herzustellen. Mit der bevorstehenden Geldneuordnung dürften diese normalen Verhältnisse wieder beginnen. Dann hat die Firma Geschwister von Hörde selbst das allergrößte Interesse daran, die Behelfs- und Ausweichartikel wieder aufzugeben und sich ganz dem Verkauf von Gegenständen des Textilsektors zu widmen. Von heute auf morgen kann aber der Verkauf von Behelfs- und Ausweichartikeln unmöglich abgespopt werden. Es ist in diesen Artikeln bei der Firma Geschwister von Hörde noch ein Warenlager im Werte von ca. RM 35 000.-- vorhanden. Auch liegen noch Lieferabschlüsse vor. Der Firma von Hörde muß unter allen Umständen eine längere Frist zur Abwicklung dieser Lieferabschlüsse und zum Ausverkauf der Behelfs- und Ausweichartikel gewährt werden. Zudem ist

damit zu rechnen, daß mit der Geldneuordnung der Absatz dieser Artikel ins Stocken geraten wird. Die Firma Geschwister von Hörde benötigt also mindestens eine zweijährige Frist zur Abwicklung ihrer Lieferabschlüsse und zur Räumung des Lagers in Behelfs- und Ausweichartikeln. Würde eine solche Frist nicht bewilligt, so würde die Firma Geschwister von Hörde untragbare finanzielle Nachteile erleiden.

Wir bitten also, Ihre Entscheidung vom 12.5.48 dahin abzuändern, daß der Firma Geschwister von Hörde noch auf die Dauer von zwei Jahren der Absatz von Behelfs- und Ausweichartikeln genehmigt wird. Es wird in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen, daß solche Behelfs- und Ausweichartikel auch in sehr zahlreichen anderen Geschäften geführt werden, die ebenfalls keine Spezialgenehmigung hierfür besitzen. Der Verkauf der Einkaufstaschen kann, wie schon oben bemerkt, überhaupt nicht beanstandet werden.

(Dr. Heimerich)
Rechtsanwalt.

Prozeßvollmacht

Herrn Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich, Rechtsanwalt und Steuerberater, Dr. Heinz G. C. Otto, Rechtsanwalt, Heidelberg,
Neuenheimerlandstraße Nr. 4

wird hiermit in Sachen

gegen

wegen

Prozeßvollmacht erteilt.

Die Vollmacht ermächtigt zu allen den Rechtsstreit betreffenden Prozeßhandlungen, insbesondere auch zur Vornahme und Entgegennahme von Zustellungen, zur Bestellung eines Vertreters, zur Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht und Anerkenntnis, zur Einlegung und Zurücknahme von Rechtsmitteln und zum Verzicht auf solche, ferner zur Empfangnahme des Streitgegenstandes und der vom Gegner zu erstattenden Kosten, sowie zur Verfügung darüber ohne die Beschränkung des § 181 BGB.

Erfüllungsort für alle Ansprüche aus dem der Vollmacht zu Grunde liegenden Rechtsverhältnis ist der Wohnsitz des Bevollmächtigten.

Heidelberg, den

Henny v. Hörde

Protokoll

Am 1. März 1900, 11 Uhr, im Saal des Rathhauses in Heilbronn.

Präsident: Herr Dr. ...

1. Tagesordnungspunkt:

Die Verhandlung über die ...
und die ...
Vorstand und ...
Einschreibung der ...
die ...
Entscheidung ist ...

Bevollmächtigte:

Heilbronn, den ...

Prozeßvollmacht

Herrn Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich, Rechtsanwalt und Steuerberater, Dr. Heinz G. C. Otto, Rechtsanwalt, Heidelberg,
Neuenheimerlandstraße Nr. 4

wird hiermit in Sachen

gegen

wegen

Prozeßvollmacht erteilt.

Die Vollmacht ermächtigt zu allen den Rechtsstreit betreffenden Prozeßhandlungen, insbesondere auch zur Vornahme und Entgegennahme von Zustellungen, zur Bestellung eines Vertreters, zur Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht und Anerkenntnis, zur Einlegung und Zurücknahme von Rechtsmitteln und zum Verzicht auf solche, ferner zur Empfangnahme des Streitgegenstandes und der vom Gegner zu erstattenden Kosten, sowie zur Verfügung darüber ohne die Beschränkung des § 181 BGB.

Erfüllungsort für alle Ansprüche aus dem der Vollmacht zu Grunde liegenden Rechtsverhältnis ist der Wohnsitz des Bevollmächtigten.

Heidelberg, den

Henny v. Körde !
.....

Stadtverwaltung Heidelberg

Fernruf: Sammel-Nummern 2101 und 2201 / Postschließfach 344

Postanschrift: Stadtverwaltung Heidelberg

Tag: 12. Mai 1948.

Bei Antwort unbedingt angeben: *He/20/5.48.* He/Ro.

An die
Geschw. v. H ö r d e
H e i d e l b e r g
Friedrich Ebert Allee 27

Stadtamt - Gewerbeamt -

Betrifft: Jhr Antrag v. 3.12.47.

Ihr Schreiben vom:

Jhr Antrag v. 3.12.47 auf Genehmigung zum Handel mit Geschenkartikel, Kinderspielzeugen und kunstgewerbl. Artikeln unter der Bezeichnung "Heidelberger Kinderstube" wird nach Anhörung des Stadträtgl. Gewerbeausschusses **a b g e l e h n t**, da ein volkswirtschaftliches Bedürfnis zur Erweiterung Jhrer Verkaufsstelle in dem von Jhnen beantragten Umfang nicht anerkannt werden kann. Bei Übernahme der Fa. Hch. Ammann durch Sie im Jahre 1945 hatte dieses Geschäft ausgesprochen den Charakter einer Spezialverkaufsstelle für Wäsche und ähnliche Textilerzeugnisse. Es ist unbestritten, daß seit Kriegsende die bestehende dünne Warendecke in Textilien sich immer mehr verringerte, was zur Folge hatte, daß Textilgeschäfte den Verkauf von Behelfs-u. Ausweichartikeln aufnehmen. Die Hinzunahme von Behelfsartikeln darf aber nicht dazu führen, den Charakter des Textilgeschäftes vollständig zu verändern. Dies ist jedoch bei Jhrer Verkaufsstelle der Fall. Wie hier bekannt, haben Sie ausserdem eine Annahmestelle für die Anfertigung von Einkaufstaschen eröffnet. Eine Genehmigung sowohl zur Erweiterung der Verkaufsstelle als auch zur Führung der Annahmestelle haben Sie früher nicht beantragt und auch nicht erhalten. Sie müssen Jhr Geschäft auf die Geschäftszweige beschränken, wie wie sie von Jhnen selbst zum Handelsregister angemeldet wurden. Der Verkauf der ohne Genehmigung hinzugenommener branchenfremder Artikel ist sofort einzustellen. Ebenso die Annahmestelle für Fertigung von Einkaufstaschen. Dieser Bescheid erfolgt gemäß § 5 und § 2 Ziffer 1 des Gesetzes

b.w.

Nr.64 über die Errichtung gewerbl.Unternehmungen vom
5.11.1946.

Gegen diese Entscheidung steht Ihnen das Rechtsmittel der
Beschwerde zu; sie ist innerhalb von 2 Wochen nach Eröffnung
dieses Bescheides bei der Stadtverwaltung -Gewerbeamt- ein-
zureichen und zu begründen.

J.N.

Heber